

Irlands Kreditrating nochmals herabgestuft

Bankenrettung verursacht höhere Staatsschulden

Börsen-Zeitung, 26.8.2010
London – Die Kreditwürdigkeit des irischen Staates ist von der Kreditagentur Standard & Poor's erneut zurückgestuft worden. Zur Begründung wurden höhere Kosten für die Rettung der irischen Banken angeführt.

Die Regierung Irlands hat am Mittwoch bei der entschlossenen, aber schwierigen Bewältigung der Immobilien- und Bankenkrise des Landes einen Rückschlag erlitten. Die Ratingagentur Standard & Poor's (S&P) hat die Risikobewertung der langfristigen Staatsschulden erneut um einen Punkt auf „AA-“ herabgesetzt, nachdem sie erst im Juni die letzte Korrektur vorgenommen hatte. Die Kreditwürdigkeit liegt damit um drei Punkte unter der Höchstnote „AAA“. Überdies erklärte S&P, der Ausblick sei negativ, das heißt, eine weitere Herabstufung wird in naher Zukunft als wahrscheinlich erachtet.

lein mit den Lasten für die Rettung der irischen Banken, welche den Staat stärker als erwartet beanspruchen würden.

S&P erwartet nun, dass der Staat für die Rekapitalisierung der Banken statt bisher angenommenen 30 bis 35 Mrd. Euro zwischen 45 und 50 Mrd. Euro auslegen müsse. Zusätzlich werde er Garantien und Sicherheiten von 40 Mrd. Euro gegenüber der staatlichen Agentur Nama (National Asset Management Agency) eingehen, die im Rahmen des Rettungsprogramms bis Jahresende faule Kredite der Banken mit einem Nominalwert von 80 Mrd. Euro übernehmen wird. Die Kreditagentur geht dabei von einem durchschnittlichen Abschlag von 50% aus. Insgesamt rechnet sie mit staatlichen Verbindlichkeiten für die Bankenrettung von 90 Mrd. Euro (58% des Bruttoinlandsprodukts). Diese werden der ausgewiesenen Staatsschuld voll zugeschlagen, womit S&P auf eine Besorgnis erregende Verschuldung von brutto 136% und netto 115% des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2014 kommt, viel mehr als von der Regierung angenommen.

Aktiva nicht berücksichtigt

Allerdings wurden bei dieser Rechnung die Aktiva, die dem Staat im Zuge der Bankenrettung zukommen, vor allem die Aktien der teilverstaatlichten Banken sowie die bei der Nama geparkten Kredite, nicht berücksichtigt. S&P begründete das Vorgehen mit der nicht unplausiblen Annahme, die Kredite der Nama wie auch die Aktien der teilverstaatlichten Banken seien derzeit unverkäuflich. Sie könnten deshalb nach der für alle Länder-Ratings angewendeten Methode nicht als liquide Mittel von den Schulden abgezogen werden. Allerdings räumte die Agentur ein, langfristig könnte sich die Lage durchaus entspannen. Dann könnte die Staatsschuld durch Verkäufe dieser Aktiva wieder sinken.

► Wertberichtet Seite 8

Ifo-Index überrascht mit erneutem Anstieg

Geschäftsklima in Deutschland hält sich auf Boom-Niveau – Sorgen um Weltkonjunktur wachsen aber

Börsen-Zeitung, 26.8.2010
Frankfurt – Die Stimmung der deutschen Unternehmen hat sich nach der monatlichen Umfrage des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung im August weiter verbessert. Der Ifo-Geschäftsklimaindex kletterte um einen halben Punkt auf 106,7 Zähler – und damit auf den höchsten Stand seit den Boomzeiten im Juni 2007. Wegen der wackelnden Weltkonjunktur hatten Ökonomen mit einer Stimmungseintrübung gerechnet.

Verantwortlich für das gute Geschäftsklima war vor allem das deutliche Plus bei der Einschätzung zur Geschäftslage. Der dafür bestimmte Subindex erhöhte sich um 2,4 Punkte auf 108,2 Zähler. Überraschend gering war der Rückgang da-

gegen bei den Geschäftserwartungen. Der entsprechende Subindex gab nur um 0,4 auf 105,2 Zähler nach. Ökonomen hatten damit gerechnet, dass die Sorgen um die konjunkturelle Entwicklung in den USA und in den südlichen EU-Ländern sowie die Angst vor dem Platzen einer Immobilienblase in China in einer etwas pessimistischeren Einschätzung der Geschäftsperspektiven zum Ausdruck kommen. Die Komponente notierte damit aber weiterhin über 105 Zählern und damit in der Nähe ihres bisherigen Höchststands.

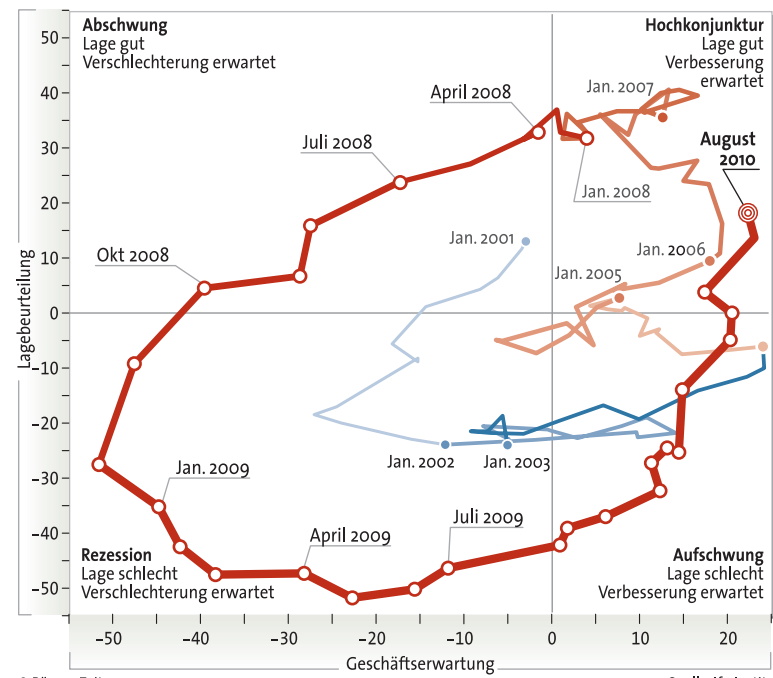
Nach Einschätzung von Ifo-Präsident Hans-Werner Sinn befindet sich die deutsche Wirtschaft gegenwärtig in einem „stabilen Sommerhoch“. „Dieses Jahr ist sehr stark angefahren, eine Drei vor dem Komma müsste drin sein“, sagte Ifo-Konjunktur-Experte Klaus Abberger befragt nach seiner Wachstumsperspektive für Deutschland. Auch die gute Entwicklung am Arbeitsmarkt dürfte in den nächsten Monaten anhalten.

Allerdings sieht Abberger auch Risiken auf wichtigen Auslandsmärkten. Vor allem die weitere Konjunktur-entwicklung in China und in den USA lasse sich schwer abschätzen. Sollte die Wirtschaftsleistung in den USA angesichts der hohen Arbeitslosenquote im Lande wieder schrumpfen und Asien langsamer wachsen als bisher, werde sich Deutschland dem nicht entziehen können, warnte Abberger und betonte: „Wir sind natürlich keine Insel. Das würde uns dann stark treffen.“

Inzwischen ist der Aufschwung nach einer Studie der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young auch im deutschen Mittelstand ange-

Geschäftsklima in der deutschen Industrie

Verarbeitendes Gewerbe, saisonbereinigt



© Börsen-Zeitung

Quelle: Ifo-Institut

ONLINE

Eine Übersicht zu aktuellen Länderratings finden Sie in den Zusatzdiensten von

<http://www.boersen-zeitung.de/laenderratings>

Die Agentur schätzt die Lage nach diesem Schritt gleich ein wie der Konkurrent Fitch und eine Note kritischer als Moody's („Aa2“), die letztmals im Juli eine Herabstufung mit stabilem Ausblick vorgenommen hatte.

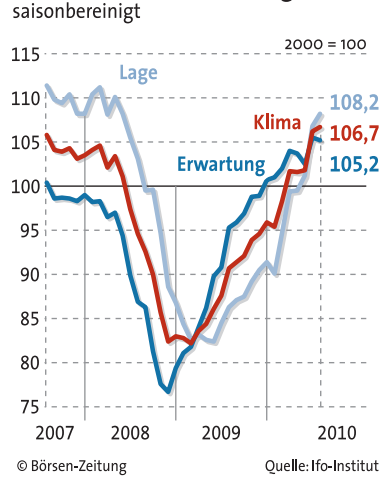
Die Neueinschätzung scheint nicht recht zu dem eingeleiteten rigorosen Sparkurs der Regierung sowie den aufgehellten Konjunkturaussichten zu passen. Die Europäische Zentralbank erwartet für dieses Jahr ein Wirtschaftswachstum von 0,8% und für 2011 von 2,2% bis 2,8%. Doch S&P begründete den Schritt gar nicht mit der Konjunktur, sondern al-

kommen. Von den 700 befragten Unternehmen rechnen nun 43% mit einer Verbesserung ihrer Geschäftslage; im Januar waren es erst 38%. Pessimistisch sind nur noch 5%. 24% der Mittelständler gaben an, ihre Beschäftigtenzahl erhöhen zu wollen; 9% planen Personalabbau.

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) stellt sich nach dem zuletzt überraschend starken Wirtschaftsaufschwung für 2011 unter-

dessen auf geringere Zuwachsraten ein. „Es spricht wenig dafür, dass wir im nächsten Jahr ähnlich hohe Zahlen erreichen werden“, sagte er in Berlin. Es werde „ein Stück weit“ darunter liegen. Die jüngsten positiven Zahlen sollten nicht überbewertet werden, warnte der Minister. Für 2010 erwartet die Bundesregierung dem Vernehmen nach ein Wachstum von bis zu 3%. Die neue Prognose wird im Oktober vorgelegt.

Ifo-Geschäftsklima August



© Börsen-Zeitung

Quelle: Ifo-Institut

Keine neuen IWF-Hilfen für Ungarn

Weiteres Abkommen ausgeschlossen – Widersprüchliche Angaben – Forint fällt

Börsen-Zeitung, 26.8.2010
Budapest – Die ungarische Regierung hat die Märkte mit verwirrenden Aussagen über zusätzliche Hilfen des Internationalen Währungsfonds (IWF) verunsichert. Das Wirtschaftsministerium erklärte, eine weitere Finanzierung durch den IWF sei nicht nötig.

Bei den Gesprächen im Herbst gehe es lediglich um eine Routineüberprüfung, wie sie bei allen Mitgliedstaaten regelmäßig stattfände, hieß es weiter. Am Dienstagabend war dagegen noch von weiteren Hilfen die Rede. Der Forint verlor am Mittwoch 0,6% und lag zum Euro bei 284,3.

Ein andauernder Forint-Verfall birgt massive Risiken für die ungarische Wirtschaft, weil sich viele Ungarn in den Boomjahren im Ausland verschuldet haben. Für sie wird es

damit teurer, ihre Kredite zurückzahlen, Pleiten drohen.

Die Märkte haben bisher die konservative Fidesz-Regierung vor den Kommunalwahlen im Oktober trotz der Ablehnung der IWF-Hilfen verschont. Sie hoffen, dass Fidesz von ihrer harten Linie gegenüber dem Fonds mit der Zeit abkommt. Gespräche zwischen der ungarischen Regierung und ihren Geldgebern waren im Juli unerwartet gescheitert. Das derzeitige Abkommen mit dem IWF läuft im Oktober aus. Auch wenn Ungarn seit 2009 kein Geld aus dem Programm mehr in Anspruch genommen hat, so gilt die Beteiligung des IWF doch als Garant für eine umsichtige Haushaltspolitik der Regierung von Ministerpräsident Viktor Orban. Zudem sinken bei einer IWF-Hilfe auch die Refinanzierungskosten. „Warum die Regierung IWF-Hilfen kategorisch ausschließt, leuchtet mir nicht ein“, sagte RBS-Experte

Timothy Ash. „Sie wollen wohl beweisen, dass sie es alleine können, aber diese Strategie könnte in Tränen enden.“

Fidesz will sich nicht den Regeln des Fonds unterwerfen. „Ungarn ist in der Lage, sich am Markt zu finanzieren, und das Land rechnet auch in der kommenden Zeit damit, sich auf die Marktfinanzierung zu verlassen“, erklärte das Ministerium. Deswegen zielten die Gespräche im Herbst nicht auf frisches Geld ab. EU und IWF hatten Ungarn 2008 einen Millionenkredit gewährt, um die Folgen der weltweiten Finanzkrise abzufedern. Fidesz erklärte jedoch schon im Wahlkampf, sich nicht den strikten IWF-Regeln beugen zu wollen. In diesem Jahr soll das Haushaltsdefizit auf 3,8% der Wirtschaftsleistung gesenkt werden. Von einem Defizitziel von 3% im kommenden Jahr rückte die Regierung in Budapest dagegen ab.

Griechisches BIP robuster als gedacht

Börsen-Zeitung, 26.8.2010

Athen – Die griechische Wirtschaft entwickelt sich nach Einschätzung der Regierung trotz der massiven Sparanstrengungen robuster als gedacht. Die Wirtschaftsleistung werde in diesem Jahr um weniger als 4% schrumpfen, sagte Finanzminister Giorgos Papakonstantinou. „Die Wirtschaft steckt in einer Rezession, aber sie ist nicht so tief wie befürchtet.“ Bisher rechnet die Regierung mit einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von 4%.

Der Abschwung hat sich verschärft, nachdem die Regierung ein massives Sparprogramm aufgelegt hat. Mit niedrigeren Löhnen im öffentlichen Dienst, Rentenkürzungen und höheren Steuern soll das Haushaltsdefizit deutlich gedrosselt werden.

Papakonstantinou schloss jedoch erneut eine Restrukturierung der Staatsschulden aus: „Das war nie ein Thema und wird auch nie eines sein.“

Japan verschärft Rhetorik gegen festen Yen

Eingriff am Devisenmarkt im September möglich

Börsen-Zeitung, 26.8.2010
Tokio – Japans Finanzminister Yoshihiko Noda hat so deutlich wie noch nie mit einem einseitigen Eingriff am Devisenmarkt gegen die Yen-Aufwertung gedroht. Er werde angemessen reagieren, falls das nötig werde, sagte Noda. In Japan wird dies so verstanden, dass die Notenbank Dollar kaufen wird, falls der Wechselkurs sich in kurzer Zeit um mehrere Yen zum Dollar bewegt oder über eine gewisse Grenze hinaus aufwertet.

Nach Einschätzung von Nomura könnte dies bei einem Niveau von 82 bis 83 Yen pro Dollar der Fall sein. Die Regierung befürchtet, dass der teure Yen die Ausfuhr bremsen und so den wichtigsten Konjunkturpfeiler schwächt. Das Exportwachstum hatte sich im Juli auf 23,5% und somit den fünften Monat in Folge abgekühlt. Im Juni waren es 27,7% und im Mai 32,1% gewesen. Dafür dürfte aber überwiegend das nachlassende Wachstum in den USA und China verantwortlich gewesen sein. Die erste Intervention seit sechs Jahren wird in Japan als letz-

tes Mittel gegen die Yen-Stärke betrachtet. Bislang hat die Regierung die übrigen G7-Staaten nicht um Unterstützung gebeten. Ein Eingriff im Alleingang würde zudem China ein Argument liefern, die erhoffte Yuan-Aufwertung zu verzögern. Zwischen 2003 und 2004 hatte Japan rund 35 Mrd. Yen (327 Mrd. Euro) verkauft, ohne den Dollar-Verfall aufhalten zu können.

Doch schon die intensivierten Regierungsgespräche über Maßnahmen gegen den festen Yen zeigten am Devisenmarkt Wirkung. Die japanische Valuta entfernte sich um über 1% von den Vortageshochs von 83,58 Yen je Dollar und 105,44 Yen pro Euro. Das war jeweils ein 15 bzw. 9-Jahres-Hoch. Vor einer Intervention dürfte die Bank von Japan ihre Geldpolitik weiter lockern, etwa durch die Aufstockung eines Kreditlimits zum Leitzins von 0,1% von derzeit 20 Bill. Yen (187 Mrd. Euro) auf 30 Bill. Yen oder eine Verlängerung der Laufzeiten. Das könnte spätestens zur nächsten Sitzung am 6./7. September geschehen.

US-Häusermarkt bröckelt und bröckelt

Verkäufe neuer Objekte brechen um 12 Prozent ein – Hedgefonds jagt Schnäppchen

Von Stefanie Schulte, New York

Börsen-Zeitung, 26.8.2010
 Unerwartet schwache Verkaufszahlen haben die Sorgen um den US-Häusermarkt weiter verstärkt. Wie das US-Handelsministerium am Mittwoch bekannt gab, fielen die Verkäufe neuer Häuser im Juli auf eine saisonbereinigte, annualisierte Rate von knapp 276 000, 12% weniger als die nach unten korrigierte Rate von Juni. Ökonomen hatten im Durchschnitt mit einem leichten Anstieg auf 334 000 Einheiten gerechnet. Am Vortag hatte bereits die National Association of Realtors (NAR) Marktteilnehmer mit der Nachricht schockiert, dass im Juli aufs Jahr hochgerechnet und saisonbereinigt nur 3,83 Millionen ältere Häuser verkauft worden waren, 27% weniger als im Juni. Der Einbruch der Ergebnisse wird unter anderem auf das jüngst erfolgte Auslaufen einer Subvention für Hauskäufer zurückgeführt.

Die schwachen Häusermarkt-Zahlen der vergangenen Monate verunsicherten auch die Aktionäre der großen Eigenheimbauer in den USA. Der Kurs der auf Luxus Häuser spezialisierten Toll Brothers brach seit Ende Juli um 4% auf 16,62 Dollar ein. Wettbewerber Lennar verlor

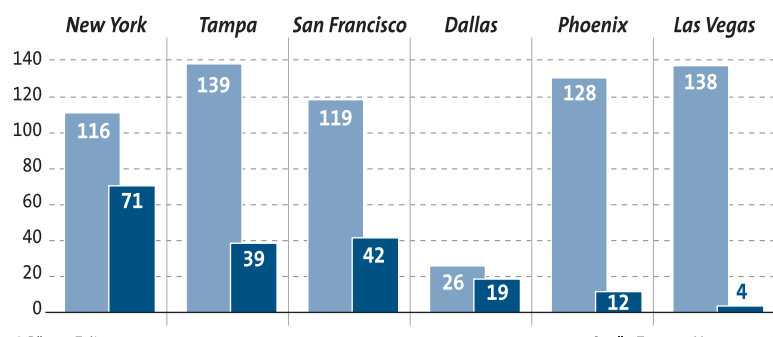
11% auf 13,13 Dollar. Am Mittwoch lag die Toll-Brothers-Aktie allerdings 2,5% im Plus, während Lennar 1,9% zulegte. Als Grund galt vor allem, dass Toll Brothers am Mittwoch den ersten Quartalsgewinn seit drei Jahren bekannt gab. Ohne steuerliche Sondereffekte wäre das Ergebnis allerdings nur ausgeglichen gewesen. Zudem meldete die Gesellschaft rückläufige Aufträge. Am Tag zuvor hatte der neue Chief Executive Officer Douglas Yearley dennoch angekündigt, verstärkt Grundstücke zu den gegenwärtig sehr niedrigen Preisen zu kaufen, um von einer künftigen Markterholung zu profitieren.

Auch Investoren wie der auf Wohnimmobilien spezialisierte Hedgefonds TerraCap aus Florida versuchen, von den niedrigen Preisen zu profitieren. Derzeit würden in den USA jährlich nur noch etwa 550 000 neue Häuser gebaut, gut ein Drittel des Durchschnittswerts der vergangenen 40 Jahre, sagte Stephen Hagenbuckle, Managing Principal von TerraCap, der Börsen-Zeitung. Diesen 550 000 neuen Immobilien stünden etwa 350 000 Objekte gegenüber, die abgerissen oder anderweitig vernichtet würden.

Angesichts eines Bevölkerungswachstums von etwa 1% pro Jahr

Preisschwankungen von Häusern in US-Großstädten

Maximaler prozentualer Preisanstieg in der Boomphase
 Gegenwärtiges Preisniveau im Verhältnis zum Niveau des Jahres 2000 in Prozent



© Börsen-Zeitung

Quelle: Terracap Management

KURZ GEMELDET

Aufträge für langlebige Güter enttäuschen

Börsen-Zeitung, 26.8.2010
 In den USA sind die Auftragseingänge für langlebige Güter im Juli nicht so stark wie erwartet gestiegen. Im Vergleich zum Vormonat seien die Aufträge um 0,3% geklettert, teilte das Handelsministerium mit. Volkswirte hatten im Durchschnitt mit einem Anstieg um 2,8% gerechnet. Ohne Berücksichtigung der schwankungsanfälligen Transportgüter fielen die Auftragseingänge um 3,8%, während Ökonomen +0,5% erwartet hatten. dpa-afx

Sparpaket auch ohne Bundesrats-Zustimmung

Börsen-Zeitung, 26.8.2010
 Die Bundesregierung kann ihr Sparpaket zur Sanierung des Bundeshaushaltes auch gegen den Willen des Bundesrates durchsetzen. Eine Zustimmung der Länderkammer sei nicht notwendig, sagte der Regierungssprecher. Das hätten die Prüfungen der Verfassungsexperten von Justiz- und Innenministerium ergeben. Damit kann die Opposition die Gesetzesänderungen, die sie als unsozial geißelt, nicht über den Umweg Bundesrat stoppen. Reuters